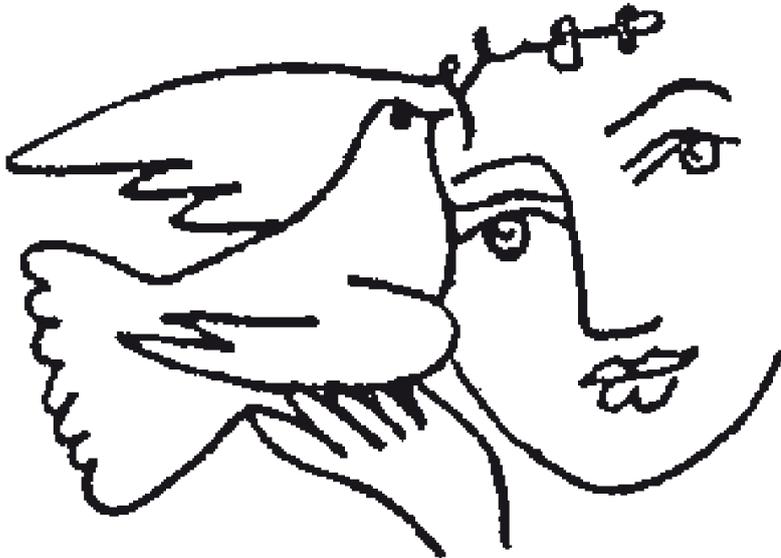


Ostermarsch Rhein-Ruhr 2023



8. April bis 11. April 2023

**mit dem Auftakt am 8.4. in Duisburg
und an zwei weiteren Tagen
über Essen nach Dortmund**

Friedensforum Duisburg



Am Rande des Abgrunds

Bernhard Trautvetter in den Nachdenkseiten.
Veröffentlicht am: 29. Januar 2023

Die heutige Entwicklung der SPD erinnert fatal an die Zeit vor über einem Jahrhundert. Nicht nur die Bündnisgrünen haben weitgehend friedensorientierte Positionen verlassen, sondern auch die SPD. Die SPD verlässt Egon Bahrs, Willy Brandts, Klaus von Dohnanyis und Erhard Eplers Position, dass es eine Friedensordnung in Europa nur im Sinne der KSZE-Schlussakte von 1975 und der Charta von Paris von 1990 sowie des 2+4-Vertrages zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur mit und nicht gegen Russland gibt. Diese völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen brach die Nato-Osterweiterung, die verbunden ist mit

der Aufrüstung der neuen Nato-Staaten auch mit nuklearfähigen Potentialen.

Aktuell exerziert die Nato, was sie ihrem Rivalen in Osteuropa schon in der Kuba-Krise verweigert hatte:



<https://www.flickr.com/photos/ippnw/52542805986/>

Eine Stationierung nuklearfähiger sowjetischer Raketen führte 1962 zur Warnung von J. F. Kennedy, einen Atomschlag vorzunehmen, sollten diese Systeme dort nicht wieder verschwinden. Die USA würden solche Potentiale der Sowjetunion ‚vor der eigenen Haustür keineswegs hinnehmen‘. Diese Situation nennen Historiker den gefährlichsten Augenblick der Geschichte.

Die transatlantischen Kräfte von den Ampel-Parteien über Nationalisten bis zu den Militärs betreiben heute eine Propaganda des Vergessens und der doppelten

Standards. Was die USA nicht zulassen, praktizieren sie nach dem Unrecht des Stärkeren selbst. Dabei überspielt die Nato ihre Verletzungen völkerrechtlich relevanter Verträge, auf die Russland in seinen vor dem 24.2.2022 von der Nato barsch abgelehnten Forderungen nach Sicherheitsgarantien Wert legte.

In den Wochen vor dem 24.2.2022 gab Angela Merkel der ZEIT ein Interview, nach dem der deeskalierende Vertrag Russlands und der Ukraine im Normandie-Format von westlicher Seite nicht auf die Einhaltung der Vereinbarung hin intendiert war. Der Vertrag verlangte von der Regierung in Kiew, mit den Separatisten in der Ostukraine in Verhandlungen über einen Autonomie-Status zu treten. Das lag nie in der Absicht dieser Kräfte, wobei sie vom Westen Unterstützung erfuhren: Nato-General Kujat verdeutlichte kürzlich, dass Frau Merckels Interview-Äußerungen bedeuteten, es sei dem

Westen nicht um die Erfüllung des Minsk-II-Vertrages gegangen, sondern darum, Zeit zu haben, die neue Regierung in Kiew aufzurüsten. Die Eskalationsschritte vor der russischen Invasion in die Ukraine überspielend weist die Nato Russland die Alleinverantwortung für den Krieg zu, und sie legitimieren auf der Basis dieser Schuldzuweisung ihre gesteigerte Hoch- und Atomrüstung, die auch ökologisch nicht zu verantworten ist. Das Archivstudium führt zu der Aussage des damaligen Präsidenten G. W. Bush aus seiner ‚State

oft he Union'-Rede vom 28. Januar 1992, also fast auf den Tag genau vor dreißig Jahren: „...das Größte, was ...in der Welt geschehen ist, ist dies: Durch die Gnade Gottes hat Amerika den Kalten Krieg gewonnen.“ Diese Sichtweise bricht mit den völkerrechtlich relevanten Texten wie der Charta von Paris, in der der epochale Satz steht: „Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden“.

Die gleiche Anforderung an die internationale Politik, eine Friedensordnung der gemeinsamen Sicherheit aufzubauen, befindet sich in der KSZE-Schlussakte für eine Sicherheitsordnung in Europa von 1975, im Vertrag über die Bildung der Deutschen Einheit von 1990 und sogar in der Nato-Russland-Akte von 1997. Die Nato wusste, was sie mit den Rechtsbrüchen der Nato-Osterweiterung um 14 Staaten tut: Die Nato-Strategie-Schmiede ‚Joint Air Power Competence Centre‘ bekundete auf ihrer Jahrestagung im November 2014, es sei anzuzweifeln, dass es keinen großen Krieg (major war) mehr in Europa gebe, wie es im Tagungsmaterial ‚Future Vector‘ auf Seite 141 hieß. Als Ausgangspunkt für diese Entwicklung machte das Manuskript Gebiete direkt westlich der russischen Westgrenze aus, Regionen, bis wohin die Nato ihre Osterweiterung durchführt und immer weiter plant. Seite 70 gibt Antwort der Militärs auf dieses Szenario: ‚ein angemessener Mix aus nuklearen und konventionellen Kapazitäten‘ (Übersetz.: B.T.). Im November 2021 drohte dann Nato-Generalsekretär Stoltenberg auf dem Nato-Talk der Deutschen Atlantischen Gesellschaft mit der Stationierung von Atomwaffen in Osteuropa. Hier kombiniert

sich der Bruch internationalen Rechts mit einer umgekehrten Kuba-Krise. Hinzu kommt die von allen Seiten in Kauf genommene Steigerung der Havarie-Gefahr an den 15 Atomreaktoren der Ukraine im Krieg. Die offizielle Politik der Nato-Staaten belügt die Weltbevölkerung mit ihrem Propaganda-Begriff, sie betriebe Sicherheitspolitik.



Der Aufruf zur ersten großen Demonstration der Friedensbewegung vor vier Jahrzehnten machte unter dem Motto ‚Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen‘ mit dem Satz auf, „80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit“. Damals standen die Grünen und die Mehrheit der Sozialdemokratie auf der Seite der Friedensbewegung. Die Nato-Propaganda hat seither erfolgreich dazu beigetragen, dass das aktuell nicht mehr so ist. Ein aktueller Appell aus der Friedensbewegung vereint allerdings Persönlichkeiten aus der Grünen Partei, der SPD und Linker sowie Aktiven der Friedensbewegung aus weiteren Spektren der Bewegungen für ein Überleben in einer friedlichen und ökologischen Zukunft.

HEIZUNG, BROT UND FRIEDEN!

HBuF ist ein Antikriegsbündnis auf kommunaler Ebene, das sich im Juni 2022 zusammenschloss und verschiedene politische Akteure in Duisburg zusammenbrachte.

Wir haben uns gegründet, um gegen die soziale Kahl-schlagspolitik der Bundesregierung zu kämpfen, die im Zusammenhang mit dem Kriegskurs der NATO- Staaten gegen Russland steht. Der Wirtschaftskrieg, der nicht zuletzt zur Einstellung der Gasimporte von dort und damit zu krassen Preissteigerungen geführt hat, die massive Aufrüstung der Bundeswehr, für die die Ampel mal eben 100 Milliarden Euro locker gemacht hat, und



die Waffenlieferungen an die Ukraine, die aus Steuergeldern bezahlt werden – all das ist die hauptsächliche Ursache dafür, dass die Inflation in diesem Land immer weiter voranschreitet, dass unsere Taschen immer leerer und unsere Wohnungen immer kälter werden. Gleichzeitig streichen Energieunternehmen und Waffenkonzerne satte Gewinne ein. Sie wollen die Kosten ihres Krieges und ihrer Krise auf uns abwälzen – dagegen braucht es Widerstand!

Daher gehen wir als kommunales Bündnis „Heizung,

Brot und Frieden“ seit Monaten in die verschiedenen Duisburger Stadtteile, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

Eine bislang weitgehend schweigende Mehrheit ist gegen den Kriegskurs, gegen die Waffenlieferungen und will nicht für ihren Krieg hungern und frieren. Diese Stimmung muss sich aber Gehör verschaffen, das geht nur gemeinsam und organisiert! Neben Austausch, gegenseitiger Hilfe und Aufklärung über die Zusammenhänge zwischen der Kriegs- und der Verarmungspolitik braucht es auch Protest: Daher rufen wir als „Heizung, Brot und Frieden“ dazu auf, sich an Friedensdemonstrationen zu beteiligen, allen voran an den diesjährigen Ostermärschen!



Der Kampf für den Frieden und der Kampf gegen Armut und Ausbeutung gehören zusammen!

Deshalb fordern wir: Strom- und Gaspreisstopp! 100 Milliarden für Bildung, Gesundheit, Wohnen, ÖPNV und Umweltschutz statt für die Bundeswehr! Keine Waffen an die Ukraine! Verhandlungen statt Sanktionen!

Am Rande eines Atomkrieges „Wacht auf!“

Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren!

Die Weltuntergangsuhr (Doomsday Clock) steht nun auf 90 Sekunden vor 12, so nah wie nie zuvor! Die Eskalationsspirale zu einem nuklearen Schlagabtausch erhöht sich durch den Einsatz schwerer Waffensysteme immer weiter. Es könnte in Europa zu einem Atomkrieg mit verheerenden Folgen für die gesamte Menschheit kommen.

Die jetzt akut gestiegene Atomkriegsgefahr ist nicht nur die Folge des eskalierenden Russlandkriegs gegen die Ukraine, sondern auch die weltweit allseitige militärische Aufrüstung, insbesondere auch der atomaren Aufrüstung der Atomwaffenstaaten. Auch sind im Kriegsgeschehen der Ukraine die Kernkraftwerke durch Beschuss einer atomaren Katastrophe ausgesetzt.

Dem fast zustande gekommenen atomaren Vernichtungswahn ist nur durch Entspannung zu begegnen. Das heißt sofortiger Waffenstillstand zwischen der Ukraine und Russland ist nur noch ausschließlich durch diplomatische Lösungen mit dem Votum der Vereinten Nationen zu bewirken.

Diese Bundesregierung muss hier zur Entspannung endlich entsprechend der Verfassung und dem

Völkerrecht ihre nukleare Beteiligung innerhalb der NATO aufgeben und auf die ersatzlose Abschaffung der US-Atombomben aus Deutschland bestehen, und dem rechtsgültigen UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Es ist ein fataler und verhängnisvoller Irrtum durch Aufrüstung, insbesondere der nuklearen Aufrüstung, mehr Sicherheit zu gewährleisten. Das Gegenteil ist

der Fall! Jeder weitere Schritt in Richtung nuklearer Aufrüstung bringt die Menschheit näher an den Abgrund ihrer Auslöschung. Die Bundesregierung darf sich im Interesse an einem Fortbestand der Zivilisation nicht an der weiteren militärischen Aufrüstung durch Modernisierung von Atombomben und Anschaffung von neuen Nuklearwaffenträgern beteiligen. Nur eine neue Politik der Entspannung durch konsequentes Abrüsten und gezielte Rüstungskontrollverhandlungen ergibt noch Sicherheit für eine Welt in Frieden und Gerechtigkeit. Ohne diese Perspektive wird es auch keine Bewältigung der weltweiten Klimakrise geben.

Weitere Informationen unter:

www.atomwaffenfrei.de, www.nuclearban.de,
www.ipnw.de,
www.ostermarsch-ruhr.de,
www.nein-zur-atomaren-abschreckung.de



Ostermarsch Rhein-Ruhr 2023 in Duisburg

Oster-Samstag, 8. April 2023 (Auftaktveranstaltung)

10:30 - 12:00 Uhr Friedensmarkt und Informationsstände, Kuhstraße/Ecke Kühlenwall

Kundgebung: „Diplomatie statt eskalierender Krieg!“

Grußwort: Angelika Wagner (Geschäftsführerin des DGB Region Niederrhein)

Rede: Bernhard Trautvetter (Bundesausschuss Friedensratschlag),
„Gegen die Gefahr eines großen Krieges gemeinsam vorgehen!“

Kulturbühne mit Christian Bolte (Singer Songwriter aus Essen)

Rede: Leon Wystrychowski (Duisburger Bündnis Heizung, Brot und Frieden)
„Zusammen gegen Krieg und Existensangst!“

Moderation: Shapnam Shariatpanahi (DSSQ, Duisburg stellt sich quer)

12:00 - 12:30 Uhr Demonstration zum Hauptbahnhof über Kuhtor, Sonnenwall,
Friedrich-Wilhelm-Platz, Friedrich-Wilhelm-Straße, Düsseldorfer Straße,
Königstraße in Richtung Hauptbahnhof-Vorplatz zur Stele der dep. Kinder
mit Begleitung durch Actionband vom Bauwagenplatz, Fred Walt

13:00 Uhr Schlusskundgebung an der Stele zur Erinnerung an die
deportierten Kinder gegenüber dem Harry-Epstein-Platz mit der Rede von
Eberhard Przyrembel (Pax Christi) „Fliehende Menschen“

13:30 Uhr Bahnfahrt nach Düsseldorf zur Teilnahme am Ostermarsch Rheinland

Unterstützen Sie den Ostermarsch 2023:

Friedensforum Duisburg: www.friedensforum-duisburg.de

Jürgen Hagenguth für Friedensforum Duisburg, Degussa Bank, Frankfurt

IBAN: DE41 500 107 000 002 312 088, BIC: DEGUDFF

Ostermarsch Rhein-Ruhr, c/o DFG-VK NRW, Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund, Email: aufruf23@ostermarsch-ruhr.de, www.ostermarsch-ruhr.de

Spendenkonto: Ostermarsch Ruhr, Stadtparkasse Dortmund, Kto. 321004296, BLZ 44050199,
IBAN: DE79 4405 0199 0321 0042 96, BIC: DORTDE33XXX, Stichwort: „OMRR23“

V. i. S. d. P.:

Friedensforum-Duisburg,

Jürgen Hagenguth.

Steinstr. 12

47198 Duisburg

[www.friedensforum-
duisburg.de](http://www.friedensforum-
duisburg.de)